

CHRONIK DER ZEIT

Der Knigge für den Umgang mit der Sowjetzone

Der Besuch der Delegation der Volkskammer — eine rasch verklungene Affäre — hat einige grundsätzliche Momente der deutschen politischen, geistigen und sozialen Lage offenkundig gemacht.

Der Bundestagspräsident Dr. Ehlers hat entschieden — nach Anhören der Vizepräsidenten —, daß er die Delegation der Volkskammer empfangen wollte. Man hatte dagegen eingewandt, daß mit den Repräsentanten eines Scheinparlamentes und mit den Vertretern eines Terrorregimes keine Verhandlungen und nicht einmal ein Verkehr und ein Gespräch möglich seien. Das ist ein Standpunkt. Nur kann man — außer einigen waghalsigen Akrobaten, die sich in der Politik damit auch meist den Hals brechen — nicht auf zwei Pferden reiten. Ist man der Meinung, daß jede Chance von Verhandlungen mit dem Kreml über die Wiederherstellung der deutschen Einheit ergriffen werden müsse und daß eine Möglichkeit der Wiedervereinigung bestehe, dann wird man mit dem Kreml und mit dessen Statthaltern in der Ostzone reden müssen. Zu sagen, daß jeder Verhandlung freie Wahlen vorangehen müßten, bedeutet, die Wiedervereinigung für alle absehbare Zeit unmöglich zu machen. Denn es ist schlechthin undenkbar, daß sich der Kreml seine deutsche Zone nehmen läßt, bevor festgelegt ist, was er dafür bekommt und unter welchen Umständen und im Rahmen welchen Geschäftes und welchen Abkommens er seine Zone los wird. Die „demokratische Legitimierung“ der Sowjetregierung ist wohl auch nicht einleuchtend wie die Sonne. Mit dem Kreml aber wird man auf jeden Fall reden müssen. Reden wird man dann auch mit den Machthabern der Sowjetzone müssen, weil die Übergangsmodalitäten festzulegen sind. Die Leute, die Dr. Linse verschleppten, die der Oder-Neiße-Linie zustimmten, die sich der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen fügten und diese beschönigen, die Tausende in den Konzentrationslagern umkommen ließen, sind schreckliche Partner — sicherlich. Jeder hat das Recht, zu erklären, daß er mit solchen Leuten nichts zu tun haben wolle. Nur darf er dann nicht mehr von der Wiederherstellung der deutschen Einheit als einer echten politischen Möglichkeit der nächsten Zeit sprechen — es sei denn, er wüßte jemand anders, der außer dem Kreml und seinen ostdeutschen Satrapen die Sowjetzone in die Hände des deutschen Volkes legen könnte.

Es ist daher unrecht, gegen die Entscheidung des Bundestagspräsidenten vom Grundsätzlichen her anzugehen. Aber der Empfang war trotzdem ein politischer Fehler, weil man in der Politik keine inhaltslosen, sinnlosen und irrealen Dinge tun soll. Verhandlungen zwischen der deutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sind nun einmal sinnlos, weil die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur durch einen Vertrag auf höchster weltpolitischer Ebene geschehen kann. Die Deutschen werden bei diesem „weltpolitischen Geschäft“ nicht einmal sehr viel zu sagen haben. Außerdem war es allseitig ausgemacht, daß über das Angebot der Sowjetzonenmachthaber zu der Wiederherstellung der deutschen Einheit gar nicht verhandelt werden sollte. Wenn aber dies feststand, dann war es irreal und nicht einmal sehr nobel, die Vertreter des Volksrates überhaupt zu empfangen. Als seinerzeit Clémenceau den Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau aufforderte, eine Delegation zur „Entgegennahme“ der Friedensbedingungen zu schicken, teilte Brockdorff-Rantzau mit, daß er den Kanzleiobersekretär Müller entsandt habe, und dieser die Vollmacht besitze, die Bedingungen entgegenzunehmen. Clémenceau korrigierte sich sofort und erklärte, daß mehr gemeint sei als nur die Entgegennahme von Bedingungen. Zur Überreichung eines Briefes und zur Entgegennahme eines Schriftstückes genügt aber irgendein Kanzleiobersekretär und der ja reibungslos vor sich gehende Postverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. All die Gründe für den Empfang — man dürfe der Propaganda drüben nicht in die Hände spielen und man müsse die Verbindung mit drüben aufrecht erhalten — verflüchtigen sich, wenn man doch den Abgesandten des Regimes von drüben nicht anders behandeln will und kann als einen Briefträger, den man im Hausflur abfertigt.

Der Besuch offenbarte auch, daß im Präsidium des Bundestages und zwischen den verantwortlichen Instanzen in Bonn Fragen der Politik nicht so abgestimmt werden, wie es sein müßte. Daß der Empfang durch den Präsidenten des Bundestages nicht in die Zuständigkeit des Bundeskanzlers fällt, ist nur formal richtig. In einer funktionierenden Demokratie (siehe England!) gibt es nichts, was nicht von der Regierung verantwortet werden muß. Die Gewaltenteilung, die an der zentralen politischen Verantwortung rüttelt, ist nicht demokratisch.

Allerdings hat sich der Bundestagspräsident Verdienste um die Wahrung der Unabhängigkeit des Parlaments erworben, als er sich weigerte, eine einmal getroffene Entscheidung zurückzunehmen. Indem er eine sachlich anfechtbare Entscheidung gegen den Einspruch des Bundeskanzlers und einiger Parteien aufrecht erhielt, hat er zuletzt doch der Sache des deutschen Parlaments einen Dienst erwiesen.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist nur als ein Geschehnis von ganz elementarer Art denkbar. Man dient ihr daher am besten, wenn man ihr die Kulissenromantik von Demonstration, Deklamation, Resolution und Agitation nimmt.

Das Stahl- und Kohleparlament

Europa leidet heute an der unterbliebenen Revolution des Jahres 1945. Damals war Europa wie Deutschland gleich Wachs unter den Händen der Sieger. Die Alliierten hätten alles aus Europa machen können, was sie gewollt hätten. Die Menschen und Völker waren froh, davongekommen zu sein, und waren nachher alle überrascht, wie gut sie davongekommen waren. Der innere und internationale Lastenausgleich wäre damals möglich gewesen. Die Völker hätten ihre Souveränität, deren Hohlheit sie in den Tagen des Schreckens erahnt hatten, für Europa hingegeben. Mit einem Wort: Man hätte Europa schaffen können.

Aber es wurde nichts geschaffen. Seitdem gehen die Völker Schleichwege zu Europa hin, die da heißen Schumanplan und Europaarmee. Die Wirtschaftsmacht und Militärmacht werden europäisiert, bevor es Europa in einem politischen Sinne gibt. Damit zeigen sie aber auch eine Neigung, unverantwortlich zu werden. Sie werden der Kontrolle des nationalen Staates entzogen und einem Europa übereignet, das noch nicht da ist und das sie nicht zu kontrollieren vermag.

So war es begreiflich, daß die Montanunion sich eine politische Körperschaft, ein Parlament, zuzulegen beschloß. Die „Times“ faßt die Überlegungen, die zu dem Entschluß führten, recht klar zusammen: „Es besteht hier eine ganz einfache Logik. Die beiden Pläne verkörpern in den Augen ihrer Urheber ein teil weises Zusammenlegen (pooling) der Souveränität. Sie schaffen neue Autoritäten, die übernationale Gewalt ausüben.“

Aber ein Parlament, das aus der Stahl- und Kohleunion hervorwächst, kann doch nur ein Ersatz sein. Ein Wirtschaftsparlament kann nie das echte politische Parlament ersetzen. Die SPD argwöhnt, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft auf dem Umweg über das Kohle- und Stahlparlament aus der Taufe gehoben werden soll, bevor ihre schwierige Ratifizierung erfolgt ist. Die SPD bleibt daher diesem Montan-

parlament fern. Die Wahlen für die Ämter und Vorsitzenden dieses Parlaments fanden im Zwielficht der ganzen Zweideutigkeit der Einrichtung statt. Die deutschen Sozialdemokraten stimmten für den Sozialisten S p a a k gegen den Deutschen v o n B r e n t a n o. Sicherlich kann es nicht der Sinn eines europäischen Parlaments sein, daß die Nationen geschlossen abstimmen und in einer solchen Körperschaft Nation gegen Nation steht. Aber man war noch von jeglicher Einheitlichkeit fern, und einige Völker stimmten lediglich nach nationalen Gesichtspunkten, die anderen lediglich nach politischen Gesichtspunkten. Auch ist die Bundesrepublik ohnehin zu schwach in den Körperschaften und Organen der Montanunion vertreten, und es gibt in der Tat in der Montanunion sehr wesentliche wirtschaftliche und soziale Interessen der Deutschen zu verteidigen.

So haben die einen mit guten Gründen unrecht und die anderen mit schlechten Gründen recht. Es ist nicht so leicht, Menschen zusammenzubringen, die in verschiedenen Zeiten leben.

Befreiung oder Eindämmung

Der Wahlkampf in den USA hat nunmehr einen erregenden und spannenden Augenblick erreicht. Die Weltpolitik der USA ist auf grundsätzliche Weise zur Debatte gestellt worden. Die Wahlversprechungen und Wahlverpflichtungen können zwar nicht schlechthin als bindend angesehen werden; aber wenn auch nur ein Teil von ihnen von den Kandidaten eingehalten werden wird, dann kann in der Tat der Ausgang der Wahl einen Wendepunkt für unser aller Geschick bedeuten.

Die republikanische Partei, aber auch Teile der demokratischen, erheben sich gegen die Politik des Containment, der Eindämmung, des bloßen Stoppens der Sowjets. Die Aufrechterhaltung eines Zustandes, der die Ungerechtigkeit, die Unvernunft und damit den Krieg verkörpert, sei keine Friedenspolitik, so ertönt es von vielen Seiten. Es ist keine Frage, daß die Sowjetunion sich weit über jenen Machtbereich hinaus ausgedehnt hat, der ihr eigentümlich und angemessen ist. Sicherlich kann es keinen wahren Frieden geben, bevor nicht eine Abgrenzung der Welten erreicht ist, die der Natur, der Geschichte und der Vernunft mehr entspricht als der Eiserne Vorhang. Man wird wohl so rasch nicht zu einer Welt kommen. Aber es ist die Frage der Fragen, wie groß der Atemraum einer Welt mit freien Einrichtungen, freien Parlamenten, freien Parteien und freien Gewerkschaften ist. Es war George Kennan, der die Losung von der Eindämmung (Containment) aufgestellt hat. Er meint, daß die Eindämmung die wirtschaftliche Kraft

der Sowjetunion zermürbe, daß die Zeit für den Westen arbeite, so daß die Befreiung den westlichen Mächten eines Tages in den Schoß fallen werde.

Eisenhower hat nun eine recht scharfe Losung der Befreiung aufgestellt. Es könne keinen Frieden geben, so sagte er, bevor nicht die geknechteten Völker erlöst sind (er nennt dabei die sämtlichen ost-europäischen Nationen, China, Indochina, Korea, selbst Sachalin). Er fügte allerdings hinzu, daß die Befreiung nur mit friedlichen Mitteln erfolgen solle. Aber es ist schwer zu sehen, wie denn eine friedliche Befreiung vor sich gehen soll.

Es ist sicherlich eine große Herausforderung. Die Sowjets wissen nun, daß ihnen ein Großteil ihrer Machtstellung in der Welt wieder abgenommen werden soll. Es wäre ungerecht, zu sagen, daß der General des zweiten Weltkrieges den dritten heraufzubeschwören droht. Aber Friede würde seine Politik auch nicht bedeuten.

Der demokratische Gegenkandidat will mehr als selbst die Regierung Truman es tat, seine Weltpolitik auf den „Punkt vier“ abstellen. Er redet von einem gigantischen Hilfsprogramm von 20 Milliarden Dollar für die unterentwickelten Gebiete der Welt, und er will auch die Wirtschaftshilfe für Europa auf neue und erweiterte Grundlagen stellen. Er will den Sowjets nahezu eine soziale Revolution gegenüberstellen. „Die Befreiung“ wird auch von Stevenson verlangt und gefordert, aber er will ihr einen wirtschaftlichen und sozialen Motor geben, während Eisenhowers Freiheit kälter und — für die USA billiger wäre.

Was immer die Weltpolitik der USA nach der Präsidentenwahl sein wird, die Freiheit der USA vor der weltpolitischen Bedrohung wird immer sehr teuer sein — ob nun die Waffen oder ein ökonomisches Welthilfsprogramm der USA die Sicherheit vor dem kommunistischen Ansturm geben sollen. General Eisenhower hat in einer Rede in Indiana seinen Zuhörern einen wirklichen Dollar und den „Esel-Dollar“ gezeigt. (Der Esel ist das symbolische Tier der Demokratischen Partei.) Der wirkliche Dollar sei der des Jahres 1940. Der Esel-Dollar aber ist das bedruckte Papier, das jetzt Geldwert habe und das eigentlich das Bild eines Esels tragen müßte. Die amerikanischen Bürger müßten aufpassen, daß nicht der Esel-Dollar Esel aus ihnen mache.

So far, so good. Aber wie will der General die volle Kaufkraft des Geldes und des Lohnes herstellen? Es sei denn, er kann den Frieden herstellen. Denn nur der Friedensdollar ist voll kaufkräftig.

Aber wo ist der Friede, und wo ist die Möglichkeit für den General, den Frieden herzustellen?

Port Arthur

Die Welt hatte gespannt nach Moskau geschaut, wo der chinesische Außenminister und die sowjetischen Staatsmänner langwierige Verhandlungen führten. Man hoffte, daß dadurch das Dunkel über Asien und Korea erhellt würde. Es ist in der Tat eine Schicksalsfrage, auf welcher Seite der geschichtlichen und sozialen Mächte die mehr als eine halbe Milliarde Menschen Chinas stehen werden. Diese Verhandlungen bewiesen, daß die Welt Dinge sich langsam bewegen. Es gibt keinen revolutionären Umbruch in den asiatischen Verhältnissen. Die Sowjetunion räumt den Hafen von Port Arthur nicht, den sie nach dem chinesisch-russischen Freundschaftsvertrag vom Jahre 1913 hätte preisgeben sollen. Die Sowjetunion hält derart inmitten des chinesischen Gebiets eine Besatzung, was den Herren Chinas sicherlich recht schmerzlich ist. Die Rückgabe der Changchung-Eisenbahn in der Süd-Mandschurei an die chinesische Verwaltung ist wahrscheinlich kein voller Ersatz dafür.

Das ist ein Beweis dafür, daß die sowjetische Vormachtstellung in Asien noch unerschütterter ist und daß im Fernen Osten wenig gegen den Willen der Sowjetunion geschehen kann.

Man darf nicht vergessen, daß Port Arthur eine große Rolle in der patriotischen Legende spielt, die von den Sowjets erneuert worden ist. A. Stepanow hat einen Roman Port Arthur geschrieben, auf dem die Gnadensonne der amtlichen Sowjetunion ruht. Da ist dargelegt, daß nur Verrat die Festung den Japanern im Jahre 1905 in die Hände gespielt habe. „Port Arthur haben die Japaner vom General gekauft. Den russischen Soldaten können sie in aller Ewigkeit nicht besiegen.“

In der sowjetischen Jugend ist der Name Port Arthur mit einem Heldenepos verbunden. „Die Belagerung der Festung dauerte 332 Tage. In dieser Zeit verloren die Japaner 112 000, die Russen insgesamt nur 26 000 Mann. Selbst die schwach bestückte, halb ausgebaute, von einem Verräter befehligte Festung hat somit gezeigt, was der russische Soldat und der russische Offizier zu leisten vermögen“, so schließt der Roman von A. Stepanow.

In dem Moskauer Kommuniqué ist mit keinem Wort von Marxismus die Rede. Die Gemeinsamkeit der politischen Überzeugungen wird nirgends erwähnt. Der Vertrag könnte ebensogut zwischen einer zaristischen Regierung und dem chinesischen Kaiser abgeschlossen worden sein. Das mag man auch als ein Zeichen für die politische und soziale Entwicklung der Welt nehmen.

PROF. DR. MICHAEL FREUND